

A N F R A G E von Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) und Marc Bourgeois (FDP, Zürich)

betreffend Gas-Mangellage

Aufgrund des Krieges in der Ukraine kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass es zu Einschränkungen bei der Versorgung Europas mit Erdgas und damit indirekt auch mit Strom kommen kann. Die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen auf die Schweiz und den Kanton Zürich dürften gewichtig sein, dessen Mitsprachemöglichkeiten erscheinen dagegen äusserst beschränkt zu sein. Deshalb interessieren uns die folgenden Fragen, zu denen wir den Regierungsrat um Antwort und seine Einschätzung bitten:

1. Wie gross ist derzeit die direkte Abhängigkeit der Schweiz und des Kantons Zürichs von russischem Erdgas in Prozent am gesamten Gasverbrauch? Wie teilt sich der Gasverbrauch im Kanton Zürich auf die einzelnen Verwendungszwecke (Privathaushalte, Industrie etc.) auf?
2. In welcher Frist und in welchem Umfang ist aufgrund der Unsicherheiten im Gasmarkt mit Preissteigerungen bei den einzelnen Primärenergieträgern zu rechnen? Wie schätzt der Regierungsrat die Folgen für den Kanton Zürich ein? Welche Massnahmen kann der Kanton Zürich kurzfristig und präventiv ergreifen, um diese Folgen abzuschwächen?
3. Wie schätzt der Regierungsrat die Wahrscheinlichkeit ein, dass im Kanton Zürich innert eines Jahres eine Gas-Mangellage eintreten kann? Wie schätzt er das Ausmass und die Folgen ein? Mit welchen Einschränkungen müssen die Bevölkerung und die Wirtschaft rechnen?
4. Erdgas wird in Europa auch zur Stromproduktion verwendet. Wie schätzt der Regierungsrat die Wahrscheinlichkeit ein, dass in der Schweiz aufgrund ausbleibender Gaslieferungen innert eines Jahres eine Strommangellage eintreten kann? Wie schätzt er das Ausmass und die Folgen ein? Mit welchen Einschränkungen müssen die Bevölkerung und die Wirtschaft rechnen?
5. Welches Sparpotential besteht im Kanton Zürich beim Gasverbrauch innert Jahresfrist? In welchem Umfang kann im Kanton Zürich Erdgas innert Jahresfrist substituiert werden (bspw. durch LNG, Erdöl)? Und welche alternativen Beschaffungsmöglichkeiten bestehen innert Jahresfrist? Welche Massnahmen müssten hierzu im Kanton Zürich getroffen werden?
6. Wie verläuft die Zusammenarbeit in den unter Frage 5 aufgeführten Möglichkeiten mit dem Bund, einerseits im Rahmen von Präventivmassnahmen, andererseits bei der konkreten Umsetzung eines Stufenplans im Falle von Mangellagen? Wer entscheidet über Priorisierungen, welche Einflussmöglichkeiten hat der Kanton Zürich, und verfügt er über die notwendigen Datengrundlagen, um seinen Einfluss zielgerichtet geltend zu machen?
7. Wie ist im Übrigen die vertragliche, staatspolitische und rechtliche Stellung des Kantons Zürich innerhalb der Schweiz bei den Bemühungen um die Sicherstellung, dass weiterhin genügend Gas von der EU eingekauft werden kann

8. Welche Vorkehrungen hat der Kanton Zürich getroffen, um auf eine Mangellage vorbereitet zu sein? Lässt es das Bundesrecht zu, dass der Kanton Zürich für seine innerkantonale Nutzung eine eigene Reserve anlegen kann, und wenn ja, bestehen dazu entsprechende Infrastrukturen sowie eine kantonale Rechtsgrundlage?
9. Unterstützt der Regierungsrat direkte Importverbote von russischem Erdöl und/oder russischem Erdgas in die Schweiz? Wäre eine solche Forderung aufgrund der Abhängigkeit von anderen Ländern überhaupt umsetzbar?

Sonja Rueff-Frenkel
Barbara Franzen
Marc Bourgeois